

Jugend in Zahlen

Rund 20 Millionen Einwohner der Bundesrepublik Deutschland sind jünger als 25 Jahre, das ist jeder dritte in der Bevölkerung. Die Hälfte von ihnen ist jünger als 15 Jahre. Weit mehr als zwei Millionen dieser jungen Leute sind Ausländer.

„Die“ Jugend gibt es nicht: Die alten und die neuen Werte

Wer als Ausländer nur alle paar Jahre in die Bundesrepublik Deutschland kommt, wird jedesmal auf neue Pauschalurteile über die Jugend stoßen. Mal häßtet ihr der Aufkleber des Unpolitischen, dann des Skeptischen an, dann glaubt plötzlich jemand, eine „neue Weinerlichkeit“ in der Jugend entdeckt zu haben, andere beklagen die unkritische Anpassungsbereitschaft, kurz darauf einen Hang zum Revolutionären. „Ohne-mich-Generation“, „Null-Bock-Kultur“, „Aussteiger-Mentalität“ sind weitere Etiketten, mit denen die Vereinfacher „die Jugend“ katalogisieren. Und plötzlich schütteln sie verduzt den Kopf, wenn eine gründliche wissenschaftliche Studie ergibt, daß es in den letzten 20 Jahren den so oft beklagten Werteverfall so gar nicht gibt.

In den letzten Jahren hat es eine Fülle von Jugenduntersuchungen gegeben — in den unterschiedlichsten politischen Lagern initiiert und durchgeführt —, doch in der Tendenz kommen sie alle zu dem Schluß: Es sind zwar neue Werte hinzugekommen, aber die meisten althergebrachten haben sich als dauerhaft erwiesen.

Noch immer stehen Begriffe wie „Arbeit“, „Familie“ und „Treue“ ganz

Die Mädchen sind in allen Altersgruppen geringfügig in der Minderheit.

Im statistischen Durchschnitt hat eine Familie 1,77 Kinder. Fünf Millionen von ihnen wachsen als Einzelkinder auf. Etwa zwei Millionen von ihnen leben nur mit einem Elternteil zusammen, im allgemeinen mit der Mutter. In drei Millionen Familien sind beide Elternteile berufstätig.

oben auf der Werteskala. 1962 konnten sich rund 6 Prozent ihr Glück auch ohne Arbeit vorstellen. Zwei Jahrzehnte später waren es lediglich 2 Prozent mehr. 92 Prozent der Befragten bezeichneten 1983 einen gesicherten Arbeitsplatz als wichtig oder sogar sehr wichtig, 71 Prozent der befragten 14- bis 21jährigen erklärten 1984, sie wollten „beruflich Karriere machen“. Rechtfertigt dies die vorschnelle These von der „Null-Bock-auf-Arbeit“-Generation?

Auch der so oft an die Wand gemalte verschärfte Generationenkonflikt findet in den Untersuchungen keinen Halt, sieht man einmal davon ab, daß Generationenkonflikte in Europa seit gut zwei Jahrtausenden schriftlich belegt sind und daß es sie vermutlich schon weitaus länger gibt. Bei der Befragung eines repräsentativen Querschnitts von Jugendlichen nannten kürzlich 39 Prozent die Mutter und 33 Prozent den Vater als Vorbild für ihr Denken und Handeln und als entscheidenden Ratgeber in Zukunftsfragen. Ist das Ausdruck einer „Kluft zwischen Eltern und Kindern“?

Der gewachsene Einfluß Gleichaltriger beschränkt sich im wesentlichen auf Alltagsfragen wie

Freizeit und Kleidung.

Kritischer sind sie geworden — wohl nicht zuletzt, weil heute unter den 16- bis 18jährigen dreimal soviel wie vor 20 Jahren noch zur Schule gehen —, kritischer, aber doch nicht feindlicher, wie uns manche Bilder jugendlicher Aggression und Zerstörung suggerieren wollen. Wenn junge Rechtsextremisten Bomben werfen und Linksextremisten Anschläge auf Politiker und Industrielle verüben, sind sie nicht „die Jugend“, sondern eine verschwindend kleine Gruppe. Schon zahlreicher, aber immer noch in einer überschaubaren Minderheit, sind jene, die mit Gesetzesverstößen auf politische Probleme aufmerksam machen wollen. Ihre verständliche jugendliche Ungeduld scheint sich schneller als in der Vergangenheit zu radikalisieren.

Gewachsen sind auch die Sensibilität für die Probleme einer bedrohten Umwelt und das Engagement für den Frieden. Doch in diesen Fragen stehen die jungen Deutschen keineswegs in einer Frontstellung gegen andere Generationen, ihre Forderungen sind nur

kompromißloser, ihr Einsatz ist stürmischer und ihr Vertrauen in die Politik ist geringer. Das hat zu Unbehagen, Unruhe und Protest geführt und ist eine große Herausforderung für die Politiker. Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ hat in ihrem Schlußbericht 1983 diese Unruhen untersucht und festgestellt: Eine ihrer tieferen Ursachen liegt in der Undurchschaubarkeit und Unpersönlichkeit der modernen Industriegesellschaft und ihrer bürokratischen Lebensformen. Vor diesem Hintergrund ist das wachsende Engagement der Jugend Ausdruck demokratischer Lebendigkeit.

„Die junge Generation ihrerseits muß aufgefordert werden, die ihr gegebenen Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitverantwortung in unserer Gesellschaft zu nutzen.“

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, 1985, in seiner Antwort auf die Friedensbotschaft von Papst Johannes Paul II.



Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl überreicht den „Sonderpreis für die originellste Arbeit“ des Bundeswettbewerbs „Jugend forscht“

Angst und Hoffnung: Junge Leute über ihre Zukunft

„Ich bin auf der Welt, glaube ich, um aufzuwachsen, zu heiraten, um Kinder zu kriegen, vielleicht auch um zu arbeiten und dem Staat Steuern zu zahlen“. So beschreibt ein Jugendlicher in einem Schulaufsatz den Sinn des Lebens. Andere tasten noch weitaus unsicherer. Bei einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung meinten 1985 neun Prozent der 14- bis 21jährigen: „Ich finde, daß mein Leben eigentlich keinen Sinn hat.“ Die Angst vor der um die Zukunft ist ein neues Phänomen im Denken und Fühlen der jungen Generation. Viele blicken pessimistisch in die Zukunft, sorgen sich vor allem um die Umwelt, den Frieden und die Arbeitsplätze. Und doch ist es die große Mehrheit, die eher so optimistisch denkt wie die beiden Schüler eines Bonner Gymnasiums in einem Aufsatz zum Thema Zukunft:

„Ich stelle mir die Zukunft für unsere Welt so vor, daß wir aus den finanziellen Problemen herauskommen, daß die Energieversorgung

klappt, daß wir in der Lage sind, auf Atomkraft (Energie und Krieg!) zu verzichten, und daß wir in ein paar Jahren noch eine saubere Umwelt haben und das Wasser nicht knapp wird.“

„Ich glaube aber, daß Gott nicht die Menschheit zugrunde gehen läßt, sondern ihr Wege zeigt, den Planeten Erde und sich selbst zu retten, so daß wir weiterhin auf der Erde leben können und sie als Lebensgrundlage benützen können, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, die ein stärkeres Miteinander von uns verlangen werden.“

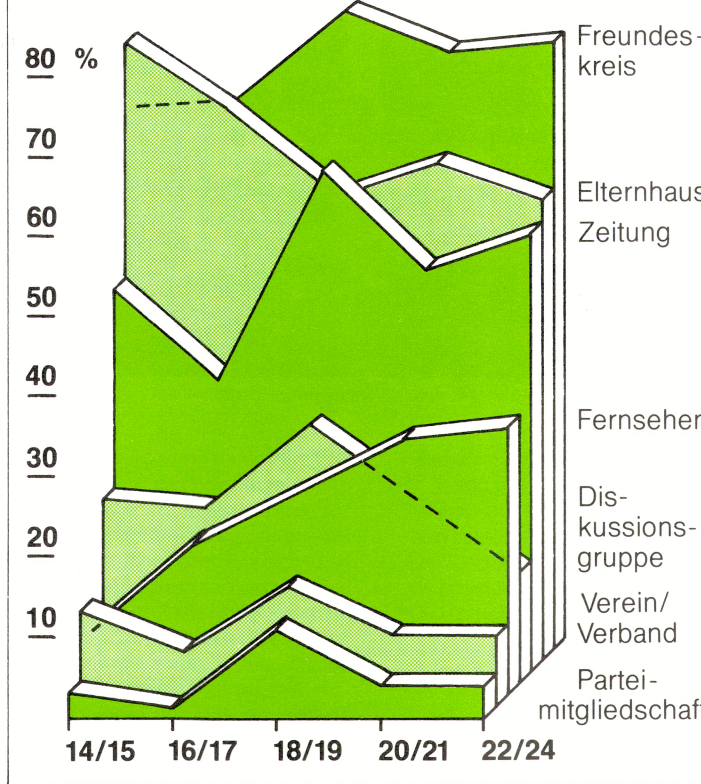
Ein dritter hielt es mit Antoine de Saint-Exupéry: „Die Zukunft sollte man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“ Ihre eigene Zukunft betrachten die meisten Jugendlichen weitaus optimistischer als die allgemeine Entwicklung. „Kinder haben und ein glückliches Familienleben führen“, ist für die meisten (über 90 Prozent) immer noch die wichtigste Lebensperspektive.

Mit der Vorbereitung darauf fangen sie viel früher an als die Generation vor ihnen: 1962 hatte nur jeder/jede fünfzigste unter den Sechzehnjährigen eine feste Freundin oder einen festen Freund, heute jeder/jede fünfte.

Das durchschnittliche Alter beträgt bei der ersten Eheschließung bei Männern 26 bis 27 Jahre, bei den Frauen etwas unter 24 Jahre. Die Zahl der Männer, die jünger als 21 eine Ehe eingehen, hat sich seit dem „Rekordjahr“ 1975 halbiert. Die der gleichaltrigen Frauen gegenüber deren Spitzenjahr 1970 ebenfalls. Früh eingegangenen Ehen bescheinigt die Statistik eine hohe Scheidungswahrscheinlichkeit: Ehen, bei denen beide Partner mit 18 geheiratet haben, werden zu 38 Prozent geschieden.

Politisches Interesse und woher es kommt

Ob ein Jugendlicher Interesse an der Politik hat, darauf haben am meisten Einfluß die Freunde, am wenigsten die Parteien.



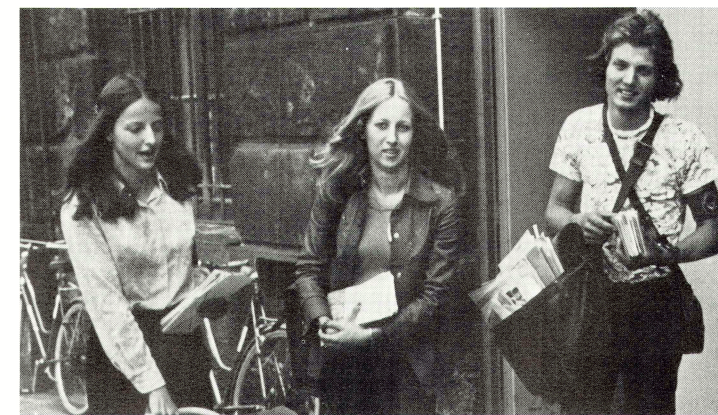
Rechte und Pflichten: Was Jugendliche dürfen und was nicht

Schon das Kind genießt in der Bundesrepublik Deutschland die elementaren Freiheitsgarantien des Grundgesetzes, einer der freiheitlichsten Verfassungen der Welt. Die Rechte (und mit ihnen die Pflichten) in Familie, Gesellschaft und Staat aber nehmen erst mit der Entwicklung der Reife zu. Bei der Wahl der Ausbildung und des Berufs sind die Eltern gesetzlich verpflichtet, „auf Eignung und Neigung des Kindes“ Rücksicht zu nehmen.

Und so wachsen die Rechte und Pflichten von Jahr zu Jahr:

14 Jahre
Jugendliche können ihre Religion selbst bestimmen. Das heißt auch, daß sie sich aus dem Religionsunterricht der Schule abmelden können.

Sie sind für ihre Taten strafrechtlich nur bedingt verantwortlich. Als Strafe wird oft zunächst eine Arbeit für die Allgemeinheit verhängt, etwa



Erst ab 15 erlaubt der Gesetzgeber den Ferienjob. Am begehrtesten ist zur Zeit der des Briefträgers bei der Post

ein Wochenende im Altenheim oder — z. B. bei einem Verkehrsrowdy — auf der Unfallstation. In schweren Fällen droht Jugendarrest, in ganz schlimmen auch eine längere Freiheitsstrafe.

15 Jahre
Nun dürfen Jugendliche Mofa fahren, also ein Fahrzeug, das nicht schneller als 25 km/h fährt.

16 Jahre
Ab 16 brauchen Jugendliche einen Personalausweis. Mit Erlaubnis des Vormundschaftsgerichts können sie heiraten. Sie dürfen nun in der Öffentlichkeit rauchen und bis Mitternacht Gastwirtschaften und Tanzveranstaltungen besuchen. Der Wirt darf ihnen jetzt auch Bier und Wein verkaufen, aber noch keinen Schnaps. Der darf ihnen zum Schutz der noch nicht Volljährigen auch nicht in Supermärkten und Automaten verkauft werden. Bis zum Alter von 18 ist den Jugendlichen der Aufenthalt in Spielhallen verwehrt. Die 16jährigen dürfen Leichtkraftfahrter fahren, die nicht schneller als 80 km/h sind.

18 Jahre
Jetzt sind Jugendliche volljährig und haben alle Rechte und Pflichten eines Erwachsenen. Eine Aus-

nahme macht nur das Strafrecht: Bis zum 21. Lebensjahr können junge Menschen noch nach dem Jugendstrafrecht behandelt werden, wenn sie in ihrer Reife Jugendlichen gleichen. Wichtigste Pflicht für die jungen Männer: Jetzt müssen sie zur Bundeswehr oder — wenn sie aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe verweigern — zum Zivildienst. Ab 18 Jahren haben Jugendliche das aktive und passive Wahlrecht: Sie dürfen wählen und können in die Parlamente gewählt werden.

Den Pflichten, die jungen Leuten von der Gesellschaft auferlegt werden, entsprechen Leistungen, vor allem finanzielle: Schon das Kind wird, durch das den Eltern gezahlte Kindergeld, gefördert. Kinder und Jugendliche sind in die gesetzliche Krankenversicherung der Eltern einbezogen, Schüler und Schülerinnen sind gegen Unfälle versichert. Später fördert der Staat die Ausbildung, wenn Jugendliche auf Grund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage sind, eine ihrer Eignung, Neigung und Leistung entsprechende Ausbildung zu erhalten. Studierende zahlen die während des Studiums erhaltene Hilfe zurück, wenn sie beruflich auf eigenen Beinen stehen — damit andere dieselbe Chance bekommen.

Baby-Boom, Numerus clausus — Chancengerechtigkeit im Bildungswesen

Der Ernst des Lebens — die Schulpflicht — beginnt für alle Kinder in der Bundesrepublik Deutschland mit dem 6. Lebensjahr. Sie beträgt 12 Jahre, für die letzten drei genügt eine Teilzeitschule.

Wer die gegenwärtigen Probleme im Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland verstehen will, muß ein paar Jahre zurückdenken. In den Jahren 1960 bis 1968 wurden jährlich etwa eine Million Kinder geboren. Erst danach sank die Zahl der Geburten allmählich, bis sie 1974 etwa 600 000 erreichte. Die Letzten dieses Baby-Booms stehen noch vor dem Abitur, also läßt sich leicht ausmalen, wie es an den Universitäten aussieht: Es ist immer noch eng. In einigen Fächern gibt es Zulassungsbeschränkungen. Nicht alle, die z. B. Medizin oder Biologie studieren wollen, bekommen den gewünschten Studienplatz. Die Zahl der „harten Numerus-clausus-Fächer“ hat sich zwar vermindert, doch gibt es noch eine ganze Reihe hochschulinterner Beschränkungen und Hürden. Die Lage wird sich jedoch entkrampfen: zum einen wegen der schwächeren Jahrgänge, die schon bald an die Hochschulpforten klopfen, und zum anderen wegen des sinkenden Interesses der Schulabgänger an einem Studium. 1972 wollten in den Abschlußklassen noch neun von zehn Schülern studieren, 1984 nur noch sechs.

Es war nicht der Baby-Boom allein, der vor allem die Gymnasien und Universitäten vor Probleme stellte. Hinzu kam die Öffnung des Bildungssystems: Die Nachfrage nach Bildung nahm dramatisch zu. Während z. B. 1960 noch 70 Prozent der Dreizehnjährigen die Hauptschule besuchten, waren es 1980 nur noch 39 Prozent. Die anderen sind in die weiterführenden Schulen aufgestiegen. Ein Viertel der Dreizehnjährigen besuchte 1980 die Realschule, das ist mehr als doppelt soviel als zwanzig Jahre vorher. Sie vermittelt einen mittleren Bildungsabschluß für gehobene Berufe aller Art. Auch die Gymnasien verzeichneten in derselben Altersgruppe einen Anstieg von 15 Prozent auf 27 Prozent.

Diese Entwicklung war politisch erwünscht, öffnete sie doch Kindern aus Familien, die sich früher traditionsgemäß mit der Volksschule begnügt hatten, den Weg zu höheren Bildungsstufen. Die grundsätzliche positive Leitvorstellung von der Chancengleichheit ist allerdings auch als Zwang zur Bildungsgleichheit trotz unterschiedlicher Begabungen mißverstanden worden. Nicht wenige Eltern wollten an ihren Kindern eigene unerfüllte Berufsträume wahrnehmen, obwohl diese in manchen Fällen das Zeug zum Hochschulstudium nicht mitbrachten und in praktischen Berufen glücklicher geworden wären. Die

christlich-liberale Bundesregierung zieht aus solchen Fehlentscheidungen Konsequenzen und rückt das pädagogische Prinzip individueller begabungsgerechter Förderung in den Vordergrund. Das bedeutet: die Begabten fördern und die Benachteiligten fördern. Nur durch die Förderung Hochbegabter kann die Bundesrepublik Deutschland im

weltweiten Wettbewerb bestehen. Das bedeutet auch, daß z. B. ein sechzehnjähriger „Überflieger“ in Physik nicht durch Unterforderung in seiner Klasse verkümmert. Begabungsgerechte Förderung soll aber nicht nur Akademikern, sondern auch handwerklich-technischen, kaufmännischen und musikalischen Talenten zuteil werden.

Das wollen junge Leute vom Beruf

Von je 100 Jugendlichen sagten über ihre Berufswahl:

Das wichtigste bei meinem künftigen Beruf ist...



Public Document — Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 12/1985 — Layout: Michael Bokler — Druck: Druckhaus Koblenz, Koblenz

Siehe auch INFORMATION Nr. 13 — Frauen in der Gesellschaft —, Nr. 14 — Hochschulen — und Nr. 15 — Bildungswesen —